

06.07.2012 - Universitäten / Rektoren / Medizin / Oberösterreich

Medizin-Studium in Linz: Rektoren-Chef skeptisch

Utl.: "Das verkraften wir aus dem Budget, das uns zur Verfügung steht, nicht" =

Wien (APA) - Der Präsident der Universitätenkonferenz (uniko), Heinrich Schmidinger, steht der Errichtung einer Medizin-Universität in Linz bzw. einer medizinischen Fakultät an der Johannes-Kepler-Uni äußerst skeptisch gegenüber. Er wolle sich sicher nicht in standes- oder standortpolitische Überlegungen in Oberösterreich einmischen. Man müsse aber den finanziellen Aspekt beachten: "Das verkraften wir aus dem Budget, das uns im Moment zur Verfügung gestellt wird, nicht", so Schmidinger am Donnerstag Abend vor Journalisten.

Mit den 2013 bis 2015 zur Verfügung gestellten Mitteln aus der "Hochschulmilliarde" könnten die Unis den Status Quo erhalten "und vielleicht ein bisschen mehr", aber sicher keine zusätzliche medizinische Fakultät oder Universität einrichten. Bei der Frage des Ärztebedarfs gelte es, einen breiteren Kontext herzustellen, betonte Schmidinger. Hier existierten "Strukturprobleme, die man nicht dadurch löst, dass man mehr Studienplätze einrichtet". Falls es tatsächlich künftig einen Ärztemangel in Oberösterreich geben sollte - und auch das sei nicht sicher -, habe dies auch mit anderen Faktoren zu tun, die man berücksichtigen müsse.

So gebe es etwa den Trend, dass ausgebildete Mediziner nicht gerne aufs Land zögen, sondern in der Stadt bleiben wollen. Dazu gebe es auch eine Abwanderung von Ärzten ins Ausland, wo sie mehr Möglichkeiten beim Turnus und bessere Bezahlung vorfänden, so Schmidinger. "Ich frage mich, ob wir dieses strukturelle Problem durch die Errichtung einer medizinischen Fakultät in Linz lösen."

Das Land Oberösterreich fordert seit Jahren mit dem Argument eines absehbaren Ärztemangels die Einrichtung eines Medizin-Studiums an einer öffentlichen Universität in Linz - entweder als eigene Medizin-Uni oder als Fakultät der Uni Linz. Seit der Vorwoche beraten Experten des Landes und des Wissenschaftsministeriums über entsprechende Optionen. Wichtigste Grundlage dafür dürfte die demnächst fertige Ärztebedarfsstudie sein, mit der Österreich bei der EU seine Quotenregelung für das Medizin-Studium (75 Prozent der Studienplätze an Österreicher, Anm.) rechtfertigen will.
(Schluss) aku/cm/ks

APA0110 2012-07-06/09:55

060955 Jul 12

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.